



Nehmen wir ihnen ihr Geld, nehmen wir ihnen die Macht!



Foto: Stephanie Handtmann

Inhalt

Hintergrund

- Disruption in der Medienlandschaft – 2 –
- Kryptowährungen – 3 –
- Wahl: Finanzpolitische Positionen – 4 –
- Klimabaustelle Heizen – 5 –
- Syrien nach dem Machtwechsel – 8 –

Kalender

- Rück- und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

- Keinen Fußbreit! – 9 –
- Internationaler Frauentag – 9 –

Portrait

- Menschen in Attac – 10 –

Kiosk

- Attac-Basistext 62 – 11 –

»Demokratie geht nur gerecht« ist das Motto unserer Kampagne »Tax the Rich«. Denn wir können uns die Reichen nicht mehr leisten, wir brauchen ihre Milliarden für Klimaschutz und soziale Daseinsvorsorge. Eine weitere Bestätigung dieses Mottos bekommen wir gerade knallhart von Elon Musk vorgeführt: Der reichste Mann der Welt nimmt unverhohlenen politischen Einfluss. In den USA verhalf er mit 250 Millionen Dollar Wahlkampfspende Donald Trump zum Sieg. In Europa hetzt er mit Hilfe seiner sozialen Medien gegen jegliche liberale Politik und fordert zur Wahl rechtsradikaler Parteien auf. Trotz jahrzehntelanger Erfahrung mit der Springerpresse ist mit der offenen AfD-Propaganda auch in Deutschland eine neue Qualität von medialem Machtmissbrauch erreicht.

Gegen Musk und die AfD hilft nur breiter Widerstand. Im Bündnis »Zusammen für Demokratie«

setzen wir uns für eine vielfältige, offene und demokratische Gesellschaft ein und gehen auf die Straße gegen den Zerfall der Brandmauer gegen rechts. Gemeinsam mit mehr als fünfzig Organisationen und über hundert Bundestagsabgeordneten fordern wir ein Verbot der rechts-extremen AfD. Daran werden wir auch nach der Bundestagswahl festhalten.

Dass Reichtum politische Macht erzeugt, ist nicht neu, vielmehr ein strukturelles Problem. Wir haben oft genug darauf hingewiesen: Konzerne erpressen mit Arbeitsplätzen Länder und Kommunen. Unzählige Lobbyisten in Parlamenten setzen Kapitalinteressen durch, während die Zivilgesellschaft weitgehend außen vor bleibt. Auf den Weltklimakonferenzen tummeln sich tausende Vertreter*innen der Gas- und Ölindustrie und tragen zur Verwässerung der Beschlüsse bei. Die größten Parteispenden

gehen an kapitalnahe Parteien. Wenn es Kapitalbesitzern opportun erscheint, haben sie keine Hemmungen, auf Faschismus zu setzen. Die beginnenden 1930er Jahre bieten dafür genug Beispiele. Leider auch dafür, dass in Krisenzeiten Menschen zu regressivem Verhalten neigen, sich an vermeintlich gute – fossile – Zeiten klammern und als Schuldige diejenigen ausmachen, die gesellschaftlich unter ihnen stehen.

Wir müssen die Menschen dazu bringen, die Blickrichtung zu wechseln und nach oben zu schauen, statt nach unten zu treten. Denn dort sitzen diejenigen, die Gesellschaften ausplündern und ein gutes Leben für alle verhindern. Am wirkungsvollsten ist es, Musk, den Quandt und den weiteren 2667 Milliardären dieser Welt ihr Druckmittel zu entziehen: Nehmen wir ihnen ihr Geld, nehmen wir ihnen die Macht!

Disruption in der Medienlandschaft

Öffentlichkeit = Geld = Macht

Demokratie bildet idealtypisch die Herrschaftsorganisation, in der alle Menschen an der politischen Willensbildung teilhaben können. Dafür braucht es eine lebendige Öffentlichkeit, in der sie sich gut informieren und austauschen können.

Entsprechend erwarteten sich viele von der Entwicklung des Internets eine nahezu grenzenlose Ausweitung von Demokratie. Wo es um gleichberechtigte Teilhabe an der Macht geht, schuf das Netz eigentlich die Voraussetzungen dafür, dass jede*r alles sagen und potenziell dieselbe Reichweite bekommen kann.

Die Entstehung der Tech-Oligarchie

2004 gründete Marc Zuckerberg Facebook, auf dem sich Nutzer*innen weltweit vernetzten. Es folgten weitere Social-Media-Plattformen wie Instagram und TikTok. Die Verheißung: Jede*r kann mit geringem Aufwand selbst zum Medium werden und viele Menschen erreichen – ohne dass Beiträge schon vor ihrer Veröffentlichung durch etablierte Medien (aus)sortiert werden. Doch das bedeutet auch: Nicht der Wahrheitsgehalt eines Beitrags, nicht seine menschenrechtliche, demokratische oder wenigstens dem Gesetz verpflichtete Qualität, sondern allein die Interaktion, die er auslöst, entscheidet über seine Relevanz.

Natürlich haben viele dadurch eine neue Erfahrung von Selbstwirksamkeit gemacht. Und gleichzeitig haben sich damit alle Nutzer*innen wissentlich oder unwissentlich auf eine Logik des Profits eingelassen.

Über den Shareholder Value entscheidet allein die Reichweite, die eine Plattform Werbetreibenden bieten kann – und Reichweite schaffen vor allem entsetzliche Nachrichten. Emanzipatorische Gedanken und überhaupt lösungsorientierte Ansätze, die den gegenwärtigen Krisen faktenbasiert begegnen, tun sich algorithmisch dagegen schwer.

Die großen »Macher« im Silicon Valley haben sich mehrheitlich nie enger der Demokratie oder gar Gleichberechtigung verpflichtet gesehen – entgegen aller Beteuerungen. Seit der Wiederwahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA fallen fast alle Hemmungen in Bezug auf die Eigenregulation von Plattformen, wenn es um die Verbreitung von Gewaltdarstellungen,

Hassrede und tagtäglichem Diskriminierung geht.

Der ultralibertäre Staatsstreich: Profitinteressen vernichten das Gemeinwesen

In den vergangenen Jahren sind Tech-Oligarchen à la Musk und Zuckerberg zunehmend in den Blick von Regulierungsbehörden geraten. Dennoch nahm ihre Macht stetig weiter zu: Plattformen wurden und werden von wenigen aufgekauft; sie bilden mächtige Monopole. Heute entscheiden nur noch sehr wenige über »Big Tech«. Sie kontrollieren die Sozialen Medien und Messengerdienste, und, vermutlich noch wichtiger: Sie dominieren die Entwicklung Künstlicher Intelligenz. Dass sich die meisten Eigner inzwischen eng mit Donald Trump verbünden ist kein Zufall – das zeigt sich am besten am Beispiel von Elon Musk:

Musk kontrolliert mit dem Besitz von Starlink und seiner Mutter SpaceX inzwischen staatsfern eine Infrastruktur, die von vielen Staaten als sicherheitsrelevant erachtet wird – und gleichzeitig waren seine Unternehmungen zuletzt zunehmend bedroht: Durch Regulierungsbehörden und durch zunehmende Stimmen, die seine Solvenz grundsätzlich in Frage stellen: Kauft er nicht ein Risiko mit Beleihung des vorherigen auf?

Mit der Präsidentschaft Trumps hat sich für Musk eine Chance ergeben, die er sofort ergriffen hat: Warum nicht (Regulierungs-)Behörden in den USA durch den direkten Zugriff auf Regierungsmacht zerstören und alle relevanten Marktteilnehmer mittels Klagen bedrohen, damit sie seinen Interessen nicht mehr im Wege stehen?

Musk ist nicht nur Handlanger, sondern Betreiber des Staatsstreichs, der sich aktuell in den USA und mittelbar weltweit vollzieht: Zockern wie ihm und seinem Präsidenten geht es nicht um die Allgemeinheit. Sie spielen ein hochriskantes Spiel, von dem sie sich kurzfristige Gewinne erhoffen.

Was bedeutet dies hierzulande?

Hierzulande sind weder Überraschung noch Häme angesichts der Entwicklungen in den USA



Foto: Boris Loheide

angebracht. Auch deutsche Medienunternehmer wie Mathias Döpfner haben sich längst als Ultralibertäre entpuppt. Sie nutzen Produkte wie die *Welt*, um im Verbund mit Elon Musk die rechtsextreme AfD in die breite Öffentlichkeit zu pushen. Mit der *Bild* fahren sie einen radikalen Kampagnen-Journalismus, der sich offensichtlich nicht nur der Wahrheit, sondern auch der Propaganda für die Interessen ihrer Anteilseigner*innen verpflichtet fühlt. Kampfbegriffe wie »Heizhammer« für die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) durch die Ampel sind dabei nur ein Beispiel – wo doch ein Großaktionär des Springer-Konzerns erheblich in der fossilen Industrie involviert ist. Zuletzt hetzte die *Bild* gegen breite zivilgesellschaftliche Demonstrationen, die sich für die Demokratie und gegen eine Zusammenarbeit von Union und AfD engagierten.

Fazit

Wer die Öffentlichkeit kontrolliert, hat Macht. Daher braucht es dringend eine starke Regulierung von Plattformen wie Medien. Spätestens jetzt gilt es, das Öffentliche zu stärken – und damit die demokratische Öffentlichkeit zu schützen.

Judith Amler ist Mitglied im Koordinierungskreis von Attac.

Risiken der Kryptowährungen

Spielgeld für den Casino-Kapitalismus



Weil sich Donald Trump im Wahlkampf die Unterstützung der Krypto-Fans und der entsprechenden Unternehmen gesichert hatte, kam es nach der Wahl wieder einmal zu einem Boom von Bitcoin und anderen Krypto-Werten. Das hat auch viele Kleinanleger*innen ange-lockt, die Gefahr laufen, beim nächsten Kurssturz große Verluste zu machen.

Das Prinzip hat Trump vor kurzem selbst vorgeführt. In bekannter Dreistigkeit hat er kurz vor seiner zweiten Amtseinführung einen eigenen Krypto-Wert an den Markt gebracht, der in zwei Tagen auf einen Preis von über 70 Euro stieg und dann wieder fiel. Da Trump einen Großteil der geschaffenen Kryptos behielt, stieg sein Vermögen um etliche Milliarden, die er nach und nach durch Verkäufe in echtes Geld um-tauschen kann. Wer hingegen für 70 Euro eingestiegen war, hatte zwei Wochen später einen Verlust von 75 Prozent eingefahren.

Trotz solcher Risiken ist das Interesse an der Spekulation mit Krypto-Werten allerdings nicht verwunderlich, wenn über deren Kursverläufe in den Medien so selbstverständlich berichtet wird, als ginge es um Aktien, Rohstoffe oder echte Währungen. Zudem ist die Werbung für Krypto-Apps mittlerweile nicht mehr zu übersehen, und zahlreiche Stars und Sternchen präsentieren Kryptos in den Sozialen Medien als Teil ihres Lifestyles.

Gerade jüngere Menschen haben oft großes Interesse an Kryptos. Manche hoffen, mit Krypto das schnelle Geld machen zu können, andere glauben an die Erzählungen von der besseren Alternative zu herkömmlichem Geld. Tatsächlich handelt es sich bei Krypto aber nicht um Währungen, sondern um hochriskante Spekulationsobjekte mit einer strukturellen Ähnlichkeit zu Schneeballsystemen. Wer Krypto kauft, »besitzt« schlicht einen Datenbank-Eintrag, der immer nur so viel wert ist, wie jemand anderes bereit ist dafür zu zahlen – im Zweifel nichts.

Der jüngste Attac-Basistext (siehe Seite 11) will die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Krypto voranbringen und ordnet das Phänomen als typischen Ausdruck des vorherrschenden Finanzmarkt-Kapitalismus ein. In verständlichen Texten und Interviews mit Expert*innen wie dem Tech-Publizisten Jürgen Geuter (im Netz bekannt als »tante«), dem Ökonomen Beat Weber von der Oesterreichischen Nationalbank und dem Attac-Finanzexperten Alfred Eibl, werden grundlegende Fragen rund um Krypto beantwortet.

Im Gegensatz zur in anderen Büchern zum Thema vorherrschenden Faszination fordern die Autor*innen, Kryptos zu verbieten und insbesondere den sinnlosen Energiefresser Bitcoin abzuschalten. Denn der jährliche globale Stromverbrauch des Bitcoin-Netzwerks

liegt höher als der von allen deutschen Privathaushalten zusammen und entspricht fast dem kompletten in Deutschland produzierten Kohlestrom. Dazu kommen enorme Mengen an Elektroschrott, die laut einer Studie allein im Jahr 2021 in etwa 178 Millionen Handys entsprachen.

Dementsprechend wurde in der Debatte um die MiCA-Richtlinie (Markets in Crypto Assets) im Europäischen Parlament von grünen, sozialdemokratischen und linken Abgeordneten ein Verbot aus ökologischen Gründen gefordert. Dagegen haben sich – zur Freude von Krypto-Unternehmen und ihrer Lobbyist*innen – aber Konservative und Liberale mit dem Argument durchgesetzt, dass ein Verbot die EU von entscheidenden technologischen und wirtschaftlichen Entwicklungen abschneiden würde. Mittlerweile ist die Euphorie um die Blockchain-Datenbank, die dem Bitcoin und anderen Krypto-Werten zugrunde liegt, allerdings weitgehend verflogen – zu Recht, wie das Interview mit Jürgen Geuter im Basistext verdeutlicht.

Dass sich in der EU die staatliche Regulierung von Krypto gegen die Verbotsoption durchgesetzt hat (anders als beispielsweise in China), wird amüsanterweise von den vermeintlich staatsfeindlichen »libertären« Krypto-Fans begrüßt. Schließlich trägt die staatliche Anerkennung zur weiteren Etablierung von Kryptos als Spekulationsobjekten bei. Als Einladung zur Krypto-Spekulation kann auch die aktuelle steuerliche Behandlung von Verkaufsgewinnen in Deutschland interpretiert werden, die vom FDP-geführten Finanzministerium der Ampelkoalition stammt.

Am Ende könnte die politische Förderung von Krypto zu neuen systemischen Risiken führen. 2023 hat der Krypto-Sektor schon ein kleines Bankenbeben in den USA ausgelöst. Heute liegt die Marktkapitalisierung des Bitcoins mit 2 Billionen Dollar schon bei einem Drittel des US-Bundeshaushalts. Damit dürften in manchen Bilanzen schon jetzt einige Ausfallrisiken schlummern. Es sollte unbedingt verhindert werden, dass Krypto eines Tages als »too big to fail« gilt.

Holger Oppenhäuser arbeitet im Attac-Bundesbüro und ist Co-Autor des neu erschienenen Attac-Basistexts zu Krypto-Währungen.

Finanzpolitische Positionen zur Wahl

Geschenke für die Reichen



Foto: Boris Loheide

Wenn dieser Rundbrief seinen Weg in die Druckerei findet, steht das Ergebnis der Bundestagswahl noch nicht fest. Trotzdem ist klar: Eine Umverteilung von oben nach unten wird es auch mit einer neuen Regierung nicht geben – das zeigt ein Blick auf die finanzpolitischen Positionen der Parteien.

CDU/CSU, FDP und AfD verteilen Geschenke

CDU/CSU, FDP und AfD haben jeweils Parteiprogramme vorgelegt, die in keiner Weise gegenfinanziert sind. Und dabei geht es nicht um Kleinigkeiten. Sie säbeln einfach mal ein Viertel (die Union) beziehungsweise sogar ein Drittel (die Liberalen und die AfD) der Einnahmen des Bundeshaushaltes weg.

Da fragt selbst die Zeitschrift Capital: »Wie die Union ihre großen Steuerentlastungen finanzieren will, erklärt sie in ihrem Wahlprogramm nicht.« Und die Denkschmiede IW des Industrieverbandes BDI und des Arbeitsgeberverbandes BDA weist entsetzt darauf hin, dass die Hälfte dieser fehlenden Steuereinnahmen auch noch die Länder und Kommunen bezahlen sollen, die ohnehin schon unter der Schuldenbremse

ächzen und das mit Sicherheit nicht mitmachen werden.

Doch im Einzelnen: Die CDU will die Einkommenssteuern für alle senken, den Soli abschaffen, die Unternehmenssteuern senken und die Stromsteuern ebenfalls – insgesamt fast 100 Milliarden Euro. Die Liberalen verteilen noch größere Geschenke; bei ihnen sind es 138 Milliarden Euro, nach der Rechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sogar 189 Milliarden. Zum Vergleich: Die geplanten Einnahmen im Bundeshaushalt 2024 liegen bei 427 Milliarden Euro. Das ist so frech, dass einem die Spucke wegbleibt.

Übertroffen wird das Ganze aber noch von der AfD. Sie will auch noch die Erbschaftssteuer und die Grundsteuer – die wichtigste Einnahme der Kommunen – komplett abschaffen.

Die Hauptprofiteure dieser Entlastungen sind nach Berechnungen von Stefan Bach vom DIW das reichste Prozent. Das soll von der CDU 28 Milliarden Euro geschenkt bekommen. Die reichsten 10 Prozent bekommen sogar über die Hälfte der Steuergeschenke – rund 50 Milliarden Euro.

SPD und Grüne – Konjunkturprogramm durch Lockerung der Schuldenbremse

Die Programme von SPD und Grünen scheinen zumindest der Erkenntnis Rechnung zu tragen, dass eine Klimapolitik ohne soziale Flankierung nicht möglich ist. Die SPD spricht dabei wichtige Punkte an: Steuerlücken schließen, Erbschafts- und Schenkungssteuer reformieren, Vermögenssteuer revitalisieren für Superreiche, Finanztransaktionssteuer und Bekämpfung der Finanzkriminalität – alles allerdings in Portiöchen, bei denen von echter Umverteilung des Reichtums keine Rede sein kann. Die Grünen bleiben im Vergleich weniger konkret – aber sehr ähnlich. Es fehlt die Finanztransaktionssteuer, dafür sprechen sie zumindest die Bürgerversicherung für Renten und Krankenkassen als Fernziel an.

Das Defizit entsteht bei beiden vor allem durch das Investitionsprogramm und die Senkung der Strompreise. Bei den Grünen kommt dann noch das Klimageld für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hinzu, das bei der SPD fehlt. Beide wollen das Haushaltsloch durch Mehreinnahmen von Vermögenden und eine Lockerung der Schuldenbremse stopfen.

Nur die Linke fordert mutig einen Spitzensteuersatz von 75 Prozent ab einer Million Euro Einkommen, eine Maximaleinkommensgrenze des 20-fachen des geringsten Einkommens im Unternehmen, eine Vermögenssteuer von einem Prozent ab einer Million Euro – ab einer Milliarde sogar zwölf Prozent – und zusätzlich eine einmalige Vermögensabgabe von 30 Prozent für Multimillionäre.

Was bleibt zu tun? Für ein neues Narrativ!

Im Augenblick deutet alles auf eine schwarz-rote oder eine schwarz-grüne Regierung hin. Selbst wenn die Linke den Einzug in den Bundestag schafft, wird die Debatte über Umverteilen also im Wesentlichen außerparlamentarisch weitergeführt werden müssen. Obwohl sich in Umfragen drei Viertel der Bevölkerung dafür aussprechen, werden die Wahlergebnisse das nicht abbilden. Damit diese grundsätzliche Zustimmung zu gerechter Vermögensverteilung auch zu entsprechenden politischen Machtverhältnissen führt, müssen die harten Argumente der Reichenlobbys wirksamer bekämpft werden. Zwei Argumente sollten dafür ins Zentrum des Narrativs rücken:

1. **Ungleichheit zerstört die Demokratie!** Denn die Menschen erwarten von einer gewählten Regierung eine gerechte Lastenverteilung. Wenn sie den Eindruck haben, dass nur die Reichen profitieren, dann erscheint ihnen Demokratie sinnlos und sie wählen lieber einen »starken Mann«, der auf den Tisch haut.
2. **Steuerprivilegien für Reiche schaden der Wirtschaft**, weil das Geld nicht ausgegeben oder investiert wird, sondern damit Aktien und Immobilien gekauft werden. Wenn dagegen der Staat die Reichen mehr besteuert, können damit dringend nötige Investitionen in öffentliche Infrastruktur sowie Lehrer*innen, Erzieher*innen oder Pflegekräfte bezahlt werden. Nur so gibt es künftig überhaupt einen Wirtschaftskreislauf.

Wer also die Demokratie erhalten, das Gemeinwesen stärken und die Zukunft gestalten will, muss umverteilen!

Karl-Martin Hentschel ist aktiv in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern und vertritt Attac im Netzwerk Steuergerechtigkeit.

Klimabaustelle Heizen

Ökologische und soziale Wärmewende drängt



Foto: mightymightymatze / flickr / CC BY-NC 2.0

Warme Wohnungen sind nicht selbstverständlich in diesem Land. Etwa ein Viertel der Menschen in Deutschland leiden unter Energiearmut. Gleichzeitig entstehen im Gebäudesektor 40 Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen, da noch zu 80 Prozent mit Gas und Öl geheizt wird. Neben dem Verkehrssektor verfehlt der Gebäudesektor regelmäßig die Minderungsziele des Klimaschutzgesetzes und ist die größte offene Klimabaustelle unserer Gesellschaft. Beim Heizen kommen also soziale und ökologische Frage zusammen. Wenn der Klimakollaps noch verhindert werden soll, brauchen wir eine schnelle Dekarbonisierung, also eine dramatische Reduzierung des CO₂-Ausstoßes des Wärmesektors und warme Wohnungen für alle.

Diese Wärmewende ist seit dem Streit um das »Heizungsgesetz« hoch umkämpft. Gegen den Versuch der Ampel, den Umstieg auf erneuerbare Energien voranzutreiben, inszeniert die Lobby der Gasindustrie in Zusammenarbeit mit den Unionsparteien, der FDP, der AfD und der Springerpresse eine schmutzige Hetzkampagne. Die hohen Energiepreise aufgrund des Ukrainekrieges und mangelnde soziale Abfederung des Gesetzesentwurfs machten es dabei den Befürworter*innen fossiler Brennstoffe leicht, Stimmung zu schüren. Und mit dem Bruch des Koalitionsversprechens, ein Klimageld als Ausgleich für gestiegene CO₂-Preise zu zahlen, haben SPD und Grüne die soziale Wirklichkeit ignoriert.

Menschen, die an einer Kombination aus niedrigem Einkommen, schlecht isolierten Wohnungen und ineffizienten Heizungen leiden, haben andere Sorgen als den schnellen Umbau ihrer Heizungen, auf den sie als Mieter*innen ohnehin wenig Einfluss haben. Die Wärmewende weg von fossiler Energie muss daher auch eine soziale Wende sein. Sie wird nur mitgetragen, wenn die Menschen das Gefühl haben, dass sie etwas davon haben und nicht draufzahlen.

Fürs emissionsfreie Heizen der Zukunft ist die Wärmepumpe die energetisch effizienteste Heizungsart. Laut Studien ist bereits die Hälfte aller Gebäude in Deutschland für den Einsatz moderner Wärmepumpen geeignet, in Skandinavien heizen bei deutlich niedrigeren Temperaturen als bei uns etwa die Hälfte der Haushalte mit Wärmepumpen. Warnungen vor hohen Umbaukosten sind oft interessengeleitet. Dennoch sollten Gebäude möglichst optimal wärmedämmte sein, um den Energieverbrauch beim Heizen zu verringern. Denn die sauberste Kilowattstunde ist die, die gar nicht benötigt wird, und emissionsfrei hergestellter Strom ist kostbar und wird in vielen weiteren Sektoren benötigt.

Neben Einzellösungen mit kleinen Wärmepumpen bieten sich für Quartiere neben Fernwärme vor allem Großwärmepumpen an, in geothermisch geeigneten Gebieten auch als Erdwärmepumpen. Diese können, in Energiegenossenschaften organisiert, einen Gegenpol zur Macht der großen Energiekonzerne bilden und

Energiedemokratie vorantreiben, ähnlich den Windenergiegenossenschaften.

Wir müssen uns jedoch darauf einstellen, dass eine neue Bundesregierung das Rad zurückdrehen will. Ein Schlupfloch dafür bietet die H2-Ready-Regelung, die auf Betreiben der fossilen Lobby wie »Zukunft Gas« ins Gebäudeenergiegesetz gedrückt wurde. Damit können Gasheizungen weiterbetrieben werden, wenn sie auf mindestens 65 Prozent Wasserstoff umgebaut werden können. Aber mit Wasserstoff zu heizen ist wie in Champagner zu baden. Blauer Wasserstoff aus fossilen Energieträgern verbietet sich klimapolitisch. Grüner Wasserstoff wird absehbar knapp bleiben, und die hohen Energieverluste bei seiner Herstellung führen dazu, dass beim Heizen mit Wasserstoff etwa fünfmal mehr Wind- oder Solarstrom benötigt wird als für dieselbe Heizung mit einer effizienten Wärmepumpe.

Bleibt die Finanzierung: Die geplant steigenden CO₂-Preise für Gas und Öl erhöhen den Druck, schnell auf Wärmepumpen umzusteigen. Die Kosten für den ökologischen Umbau von Heizungen und energetische Gebäudesanierung sind jedoch hoch. Die letzte Bundesregierung hat bei der KfW ein Programm aufgelegt, mit dem bis zu 70 Prozent der Kosten für Heizungsumbau gefördert werden können. Dieses Programm gilt es gegen eine neue Bundesregierung zu verteidigen, auszuweiten und sozial anzupassen. Denn für eine sozial gerechte Förderung müssen Einkommen und Vermögen das einzige Kriterium für die Höhe einer Förderung sein, und Geld darf nicht an jene Immobilienbesitzer*innen gehen, die die Investitionen in neue Heizungsanlagen selbst schultern können. Für Mieter*innen muss ein Umbau zumindest wärmemietenneutral sein.

Es ist nicht einzusehen, dass sich Reiche, die jetzt schon im Warmen sitzen und ihre Heizkosten aus der Portokasse bezahlen, bei der Wärmewende schadlos halten. Sie sollten per Lastenausgleich zugunsten des ärmeren Teils der Bevölkerung an der Finanzierung der drängenden Wärmewende beteiligt werden. Mit »Tax the Rich« kämpfen wir für eine höhere Besteuerung von Vermögen, denn für einen konsequenten sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft können wir uns die herrschenden Besitzverhältnisse nicht mehr leisten.

Achim Heier engagiert sich in der Attac-Kampagne »Rohstoffenergiehunger stoppen!«



Attac-Aktive bei der jährlichen »Wir haben es satt«-Demonstration im handelskritischen Block, Foto: Helga Reimund



Aktivist*innen von Attac nahmen an der Winterwanderung zum Weltwirtschaftsforum nach Davos teil, Foto: Stephanie Handtmann

Rückblick

20. November 2024

Quo vadis Krankenhausreform?

Anlässlich der Beratung des Gesetzes zur Verbesserung der Krankenhausversorgung (KHVVG) im Bundesrat haben Attac, das Bündnis Klinikrettung, Krankenhaus statt Fabrik und das Bündnis für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen Bilanz gezogen: 20 Jahre Finanzierung mit DRG-Fallpauschalen haben aus deutschen Krankenhäusern reine Wirtschaftsbetriebe mit Profitinteressen gemacht. Attac kritisiert, dass das KHVVG erneut wie andere Reformversuche allein den Interessen neoliberaler Gesundheitskonzerne dient, Arbeitsbedingungen für Beschäftigte verschlechtert und Bedürfnisse der Patient*innen hintenanstellt. Krankenhäuser müssen wieder zu staatlichen Einrichtungen gemeinwohlorientierter Daseinsfürsorge werden.

24. November 2024

COP29: Fahrt in den Abgrund geht weiter!

Mehr als zwei Wochen lang haben Delegierte auf dem Weltklimagipfel in Aserbaidschan verhandelt. Das Ergebnis der Weltklimakonferenz ist ernüchternd und macht erneut deutlich: Die reichen Industrieländer verweigern ernsthaften Klimaschutz und spielen mit der Zukunft des Überlebens der Menschheit. Jenseits des Streits um die Finanzierung hat der klimagerechte Umbau der Wirtschaft weltweit oberste Priorität. Dazu reichen staatliche Mittel nicht aus, sondern müssen ergänzt werden durch das Abschmelzen großer Vermögen. Auch in Baku wurden Forderungen nach einer Milliardärssteuer lauter – einer der wenigen Hoffnungsschimmer der Konferenz. Denn auch beim Klimaschutz gilt: Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

28. November 2024

Behinderung des demokratischen Protests beim G20 in Hamburg bleibt ungerügt

Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig lässt die massive Behinderung des von Attac und anderen Gruppen organisierten Protestcamps beim G20-Gipfel im Jahr 2017 in Hamburg erneut ungerügt: Die Richter*innen der dritten Instanz haben die Revision von Attac Deutschland und dem Verein Comm e.V. gegen die zeitweilige Verhinderung und die Beschränkungen des Camps abgewiesen. Attac wird eine Verfassungsbeschwerde gegen das Urteil prüfen, sobald die Urteilsbegründung vorliegt.

29. November 2024

Kauf-Nix-Tag: Für weniger Konsumzwang und mehr Verantwortung bei den Konzernen

Nichts kaufen statt immer mehr und immer billiger – das ist das Prinzip des Kauf-Nix-Tags am letzten Samstag im November. Am Black Friday, der am Tag zuvor stattfindet, geht es um Konsum und ums Schnäppchen machen. Immer mehr und immer billiger sollen wir kaufen, wenn es nach den Konzernen geht. Dabei bleiben Nachhaltigkeit und soziale Kriterien auf der Strecke. Attac kämpft für eine gerechte Welt, frei von Konzernmacht und Wachstumszwang. Dafür müssen insbesondere Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden und Klimaschutz und Menschenrechte zu zwingenden Vorschriften werden. Das geht auch entgegen der gesellschaftlichen Tendenz, Nachhaltigkeit als »Lifestyle« zu sehen und insbesondere arme Menschen für ihr Konsumverhalten zu kritisieren. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit sind keine individuellen Entscheidungen, sondern müssen politisch erkämpft und gesetzlich vorgeschrieben werden.

2. Dezember 2024

Breites Bündnis fordert AfD-Verbot

Als Reaktion auf die Einbringung eines Beschlusses zur Einleitung des AfD-Verbotsverfahrens im Bundestag durch 113 Abgeordnete haben sich über 50 zivilgesellschaftliche Organisationen – darunter auch Attac – der Forderung der Kampagne »Menschenwürde verteidigen – AfD-Verbot Jetzt!« angeschlossen. Gemeinsam forderten sie die Bundestagsabgeordneten auf, noch vor den Neuwahlen für die Einleitung eines Verbotsverfahrens zu stimmen.

10. Dezember 2024

Spielgeld für den Kasinokapitalismus – Warum Krypto keine Alternative ist

Das aktuelle Interesse an der Spekulation mit Krypto-Werten ist nicht verwunderlich, wenn über deren Kursverläufe in den Medien so selbstverständlich berichtet wird, als ginge es um Rohstoffe. Worum es sich bei Krypto eigentlich handelt, machen sich dabei viele jedoch nicht klar. Im neuen Attac-Basistextes wollen die Autor*innen die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Krypto in der Öffentlichkeit voranbringen. In verständlichen Texten und Interviews mit Expert*innen werden grundlegende Fragen um Krypto-Währungen beantwortet (siehe auch die Seiten 3 und 11).

13. Dezember 2024

Deutschlandticket sichern, nötigen ÖPNV-Ausbau finanzieren!

Vielorts werden wegen fehlender Mittel Verbindungen mit Bus und Bahn ausgedünnt. Das ist ein Skandal und bremst die notwendige Mobilitätswende stark aus. Es braucht dringend die erforderlichen Milliarden Euro, um den Nahverkehr schnell auszubauen, damit Menschen



Attac protestierte gegen den »Welt«-Wirtschaftsgipfel in Berlin und adressierte die Gefahren von Überreichtum für die Demokratie, Foto: Stephanie Handtmann



Protest-Aktion »Vermögen besteuern statt Rechtsruck befeuern« bei dem Bundesparteitag der CDU in Berlin, Foto: Attac

auf das Auto verzichten können. Attac fordert, die langfristige Sicherung des Deutschlandtickets, die Einführung eines bundesweit einheitlichen Sozialtickets mit einem Preis von maximal 29 Euro sowie eine ausreichende Finanzierung eines zügigen ÖPNV-Ausbaus.

7. Januar 2025

Tax the Rich – Demokratie geht nur gerecht!

Aktivist*innen von Attac protestierten beim Empfang der Sternsinger*innen vor dem Bundeskanzleramt für eine angemessene Besteuerung Überreicher. Aktive in Kostümen der heiligen drei König*innen versuchten dabei dem Kanzler die Forderung nach einer Vermögens-, einer Übergewinn- sowie einer Erbschaftsteuer zu überbringen. Großes Geld dominiert immer offener die Politik und lenkt Diskurse – Überreichtum bedeutet Übermacht. Das gefährdet die soziale Sicherheit und unsere Demokratie, die eigentlich davon lebt, dass es gerecht zugeht und alle die gleichen Möglichkeiten haben. Große Vermögen müssen daher entschlossen zurückgeschnitten werden, um Daseinsvorsorge, soziale Gerechtigkeit und den klimagerechten Umbau der Wirtschaft zu finanzieren.

11. Januar 2025

Solidarisch der AfD widersetzen!

Gemeinsam mit 15.000 Menschen aus ganz Deutschland nahm Attac in Riesa bei dem Protest gegen den Bundesparteitag der AfD teil. Mit Demonstrationen, kreativem Protest und Blockaden konnte der Parteitag gestört werden und begann mit großer Verzögerung. Die vielfältigen Aktionen haben ein deutliches Zeichen gesetzt: Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft stehen zusammen für Solidarität, Vielfalt und Demokratie.

20. Januar 2025

Davos: Profit und Wachstum statt Menschen und Natur

Aktivist*innen von Attac haben sich mit der Forderung »Tax the Rich« an der Protestwanderung gegen das diesjährige Weltwirtschaftsforum beteiligt. Trotz aller Lippenbekenntnisse für eine gerechtere Welt wächst die globale Ungleichheit. Jüngste Studien zeigen, wie Konzerne und die reichsten Menschen der Welt in den derzeitigen Krisen extreme Gewinne machen. Sie profitieren und werden immer reicher, während der Großteil der Menschheit wachsender Armut ausgesetzt ist. Attac fordert eine Überwindung der profit- und wachstumsorientierten Wirtschaft, eine gerechte Besteuerung von Überreichtum und eine umfassende soziale Daseinsvorsorge. Gutes Leben für alle statt Profite für wenige!

27. Januar 2025

»Hinter dem Faschismus steht der Milliardär«

Mit einer Bildaktion anlässlich des »Welt«-Wirtschaftsgipfels demonstrierte Attac vor dem Springer-Hochhaus in Berlin für eine konsequente Besteuerung großer Vermögen. Dabei adressierten Aktive auch die Gefahren von Überreichtum für die Demokratie. Zu den geladenen Gästen des jährlich stattfindenden Austauschs des Springer-Verlags gehörten dieses Jahr zu den Top-Entscheider*innen aus Wirtschaft und Politik auch AfD-Politikerin Alice Weidel und der Milliardär Elon Musk. Gerade am Beispiel Musk zeigt sich, wie mächtig der Einfluss Überreicher auf politische Entwicklungen ist. Mit seiner Medienmacht unterstützte er Trump im US-Wahlkampf und stellt diese jetzt auch Alice Weidel zur Verfügung, um der AfD in Deutschland zu politischem

Erfolg zu verhelfen. Es ist erschreckend, in welchem Tempo Überreiche, Medienplattformen und Politiker*innen mit faschistischer oder rechtsextremer Agenda weltweit an einem Strang ziehen.

3. Februar 2025

Vermögen besteuern statt Rechtsruck befeuern!

Anlässlich des CDU-Parteitags protestierten Attac, Oxfam und taxmenow zusammen in Berlin. Das Signal an Friedrich Merz und die Delegierten: »Tax the Rich«. Denn die Steuerpläne der CDU begünstigen vor allem Hochverdienende und Überreiche. Sie forcieren die soziale Ungleichheit in Deutschland. Die nächste Bundesregierung muss das Gegenteil tun. Sie muss Milliardär*innen und Multimillionär*innen in die Pflicht nehmen und ihre Vermögen besteuern.

Ausblick

Jeden dritten Montag im Monat

#isso-Webinar

- 24. Februar: Global gerechte Rohstoffwende
- 24. März: Krypto-Währung
- 28. April: tba

Alle Informationen: attac.de/webinare

Save the Dates

- 8. März 2025: Feministischer Kampftag
- 4. und 5. April 2025: Online-Frühjahrsratschlag von Attac
- Ab Ende April / Anfang Mai: Lesereise mit Martyna Linartas zu ihrem neuen Buch »Unverdiente Ungleichheit« (Termine folgen hier: attac.de/veranstaltungen)

Syrien nach dem Machtwechsel

Hoffen und Bangen



Foto: Anita Starosta / Medico International

Anita, du berichtest seit vielen Jahren aus Syrien und warst oft vor Ort. Wie hast du den Sturz Assads erlebt?

So richtig realisiert habe ich das erst, als sich die Türen der Foltergefängnisse geöffnet haben und man Bilder von Inhaftierten gesehen hat, die befreit wurden. Zehntausende haben jahrelang kein Licht gesehen, systematische Folter und das absolute Grauen überlebt. Gleichzeitig war ich im Kontakt mit Menschen aus den kurdischen Gebieten, wo der Sturz des Regimes ebenfalls gefeiert wurde, aber Angst und Ungewissheit schnell überwogen haben. Besonders vor den Übergriffen der türkisch gestützten SNA (Syrian National Army) Milizen, die über hunderttausend Kurd*innen gewaltvoll vertrieben haben.

Erdogan hat unmittelbar nach der Machtübernahme im Dezember durch die Oppositionsmiliz HTS eindeutige Kriegsdrohungen an die kurdische YPG in Syrien gerichtet. Wie groß ist die Gefahr eines türkischen Angriffs?

Die Gefahr ist noch nicht gebannt. Die Stadt Manbidsch, westlich des Euphrats, wurde von der SNA eingenommen, Kobane ist weiter unter Beschuss. Die Zerschlagung der kurdisch geprägten Selbstverwaltung in Nordostsyrien ist seit vielen Jahren ein erklärtes Ziel von Erdogan. Zentral für diese Region ist auch, ob das US-Militär vor Ort bleibt und so eine türkische Militärintervention verhindert werden kann. Die USA war in der Vergangenheit die Schutzmacht für die Kurd*innen. In seiner letzten Amtszeit hat Trump 2019 die US-amerikanischen Panzer von der Grenze Nordsyriens abgezogen; daraufhin ist die Türkei mit ihren Söldnern einmarschiert.

Wie sich die erneute Präsidentschaft Trumps auf die Region auswirkt, bleibt abzuwarten. Bereits jetzt führt das Einfrieren der US-Auslandshilfen zu katastrophalen Zuständen bei der Versorgung in Flüchtlingslagern.

Wie schätzt du die Lage für Minderheiten und Frauen ein?

Darauf wird es ankommen: werden Frauen, religiöse und ethnische Minderheiten unter der islamistischen HTS-Regierung ihre Rechte haben? In den ersten Tagen nach dem Sturz kam es zum Beispiel zu Racheaktionen gegen Alawiten, auch andere Minderheiten berichten von willkürlichen Verhaftungen. Das wird vor Ort, auch von Menschenrechtsgruppen, die nun frei arbeiten können, genau beobachtet und dokumentiert. In den kommenden Monaten wird sich zeigen müssen, ob die HTS-Führung Regierung und Parlament nicht nur aus ihren ehemaligen Kämpfern aufstellt. Wir unterstützen in Idlib ein Frauenzentrum, das in den letzten Jahren unter HTS-Herrschaft Frauenrechtsarbeit gemacht hat. Die Aktivistinnen haben Repression und Rückschläge erfahren. Gerade haben sie aber eher das Gefühl, sie können mehr erreichen, weil die neue Regierung im medialen Fokus steht, und machen selbstbewusst Druck von unten. Sie wissen aber auch, dass sich das schnell ändern kann. Die große Frage ist, wie das Abkommen zwischen den Selbstverteidigungseinheiten der Kurd*innen und der HTS aussehen wird. Die kurdische Bevölkerung wird über die letzten zwölf Jahre erkämpfte Autonomie und Rechte nicht abgeben, das ist sicher. Sie müssen Teil eines neuen, freien Syriens werden.

Die HTS-Regierung hat sich eine Übergangszeit von vier Jahren gesetzt, bis es zu Neuwahlen kommen soll. Wie bewertest du das?

Das ist eine Machtsicherung ihrerseits. Die spannende Frage wird sein, ob sich in dieser Zeit eine demokratische Zivilgesellschaft von unten durchsetzen kann. Diese reorganisiert sich gerade und hat eine Idee davon, wie man demokratische Komitees organisiert, Gleichberechtigung der Minderheiten schafft und Frauenrechte durchsetzt. Diese Menschen sollten nun besonders unterstützt werden, damit sie in der Übergangszeit Einfluss auf eine neue Regierungsbildung haben können. Die Bundesregierung sollte deswegen auch mit diesen Akteur*innen und nicht nur mit der neuen HTS-Regierung verhandeln. Gleiches gilt für die Kurd*innen im Nordosten. Die dortige Selbstverwaltung versucht seit vielen Jahren, als anerkannter Akteur Teil einer Neugestaltung Syriens zu werden. Man sollte jetzt einen Schritt auf sie zugehen, weil sie seit zehn Jahren eine demokratische Alternative in der Region aufbauen, in der es Gleichberechtigung gibt.

Wie hast du die unmittelbar nach Assads Sturz aufgekommene Abschiebedebatte wahrgenommen?

Mich macht sprachlos, wie Politiker*innen überhaupt direkt in die Debatte über Rückführungen einsteigen können, statt gemeinsam mit den Exilsyrer*innen in so einem historischen Moment zu feiern. Das ist inakzeptabel und inhuman. In Syrien besteht ein riesiger Bedarf an Wiederaufbau; die Menschen vor Ort können jetzt zwar wieder in ihre Heimatorte zurück, aber viele finden kein Haus mehr vor. Im Land leben Millionen Binnenvertriebene in Flüchtlingslagern. Man kann von niemandem verlangen, jetzt sofort zurückzugehen, wenn der Wiederaufbau noch Jahre dauern wird und eine politisch extrem instabile Lage herrscht. Und in dieser Situation wurden sogar Asylgesuche für Syrer*innen ausgesetzt – das muss sofort zurückgenommen werden.

Anita Starosta ist Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit der Attac-Mitgliedsorganisation *medico international*. Ihre Schwerpunkte sind die Türkei, Nordsyrien und der Irak. Von Ende Januar bis Anfang Februar war sie in Rojava und Damaskus.

Das Gespräch führte **David Siegmund-Schultze**, Praktikant im Attac-Bundesbüro.

Keinen Fußbreit!



Foto: Boris Loheide

Überall in Deutschland sind die Menschen in den vergangenen Wochen auf die Straße gegangen – gegen den Rechtsruck, gegen die AfD und gegen eine empörende Abstimmung im Bundestag, bei der die Union einen Antrag zu Migration nur mit der von ihr kalkulierten Zustimmung durch die AfD für sich entschei-

den konnte. Diese Abstimmung hatte gezeigt: Die Brandmauer nach rechts bröckelt erheblich. Auf die Konservativen ist kein Verlass im Kampf gegen Rechtsradikale. Häufig genug laufen sie, nicht nur im Wahlkampf, ohnehin programmatisch der AfD hinterher.

Deshalb waren selbstverständlich auch viele Attacies bei den großen Demonstrationen dabei und haben sie zum Teil vor Ort mit organisiert. Beim CDU-Parteitag protestierte Attac gemeinsam mit Oxfam unter dem Motto »Vermögen besteuern statt Rechtsruck befeuern!« sowohl gegen die Politik der Union für Reiche als auch gegen den Kuschelkurs von Friedrich Merz, selbst Multimillionär und Kanzlerkandidat der Union, mit der AfD. Und beim so genannten »Welt«-Wirtschaftsgipfel des Springer-Verlags, zu dem auch Alice Weidel und Elon Musk geladen waren, bereicherten Attacies die Proteste mit der Aktion »Hinter dem Faschismus steht

der Milliardär!«. Damit setzten sie ein Zeichen gegen das Zusammenrücken von Überreichen, Medienkonzernen und (Proto-)Faschist*innen. Außerdem engagiert sich Attac in verschiedenen Bündnissen gegen rechts. Dazu gehörte vor der Wahl die Initiative #DuEntscheidest, getragen vom äußerst breiten gesellschaftlichen Bündnis »Zusammen für Demokratie«, das von Attac über Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen bis hin zu Kirchen und Sportvereinen reicht. Das Ziel der Aktion: Menschen überzeugen, ihre Stimme im Sinne einer solidarischen Gesellschaft abzugeben.

Es wird auch in den kommenden Jahren wichtig bleiben, dem Hass unsere Vision eines solidarischen, guten Lebens für alle entgegenzusetzen. Das braucht einen langen Atem und viele Mitstreiter*innen. Wer Lust hat, sich in Attac gegen rechts zu engagieren, findet mehr Informationen dazu unter attac.de/gegen-rechts im Netz.

Aus dem Attac-FLINTA*-Plenum

Internationaler Frauentag – Internationaler Feministischer Kampftag



Foto: Stephanie Handtmann

Am 8. März protestieren auch in diesem Jahr weltweit Feminist*innen gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen. Sie verlangen ein Ende von Gewalt, Ausbeutung und sexueller Belästigung. Keine Person darf wegen ihrer Herkunft oder ihrer geschlechtlichen Identität diskriminiert werden!

Beim diesjährigen 8. März stehen besonders folgende Themen im Fokus:

- **Weg mit dem § 218!** Ein Schwangerschaftsabbruch ist in vielen Staaten verboten; auch in Deutschland bleibt er nur unter bestimmten Voraussetzungen straffrei. Wir fordern gemäß der traditionellen Parole der Frauenbewegung: »Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine!«
- **Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Sozialarbeit!** Wir alle sind auf soziale Dienstleistungen angewiesen. Pflegerinnen, Sozialarbeiterinnen und Erzieherinnen brauchen unsere Solidarität!
- **Gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Faschismus!** Bürgerliche Parteien machen zunehmend fremdenfeindliche Parolen salonfähig. Wie so oft sind auch von den Vorstößen, Migration einzuschränken und die Lebensbedingungen von Geflüchteten zu verschlechtern, FLINTA*s besonders betroffen.
- **Globale Gerechtigkeit und Frieden!** Wir alle profitieren von globaler Ungleichheit und

den damit verbundenen schlechten Arbeitsbedingungen in den Weltmarktfabriken im Globalen Süden, etwa durch preisgünstige Konsumartikel. Wir suchen nach Wegen, um die dadurch belasteten Frauen solidarisch zu unterstützen. Eine gerechte Verteilung des globalen Reichtums ist eine Voraussetzung für Frieden. Frieden wird es nur geben, wenn wir der zunehmenden Militarisierung und Kriegstreiberei entschieden entgegen-treten!

Das Attac-FLINTA*-Plenum unterstützt den Aufruf des bundesweiten Feministischen Streik Bündnisses, dessen Schlusssatz lautet: »Gemeinsam kämpfen wir für ein Ende der patriarchalen und kapitalistischen Unterdrückung, gegen Krieg und Faschismus. Diese Kämpfe führen wir nicht alleine, sondern gemeinsam mit Frauen und queeren Menschen weltweit. Das gibt uns Kraft und Mut: Für eine Gesellschaft, in der Zeit für ein gutes Leben ist!«

Menschen in Attac

Nicht den Mut verlieren!



Foto: Stephanie Handtmann

Hanni, 80, ist fast von Beginn an bei Attac und in der AG Welthandel und WTO aktiv. Auf der Straße oder bei Aktionen trifft man sie aber auch zu vielen anderen Attac-Themen. Wir haben mit ihr darüber gesprochen, was sie antreibt, immer weiter zu machen, auch wenn ein rauer Wind weht.

Hanni, wann und wie bist du zu Attac gekommen?

Anfang der Nullerjahre stand ich sehr unter dem Eindruck dessen, was 2001 bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua passiert ist. Meine Tochter war dort, und ich war schockiert von der Polizeigewalt, der sie ausgesetzt war. Der Tod des Aktivisten Carlo Giuliani, der Überfall der Polizei auf schlafende Menschen – da hab ich mich gefragt: Was passiert hier eigentlich? Das führte mich zum Attac-Kongress in Berlin im Herbst 2001. Und so bin ich ins Engagement bei Attac gerutscht.

Warst du davor schon politisch interessiert?

Ich war ja Lehrerin, und meine Unterrichtsfächer wie Geschichte, Religion, Sozialkunde oder Geografie bilden schon ab, dass ich gesellschaftspolitisch interessiert war, auch wenn sich das vorher vielleicht nicht in aktiver Arbeit gezeigt hat. Das kam erst in den 1990er Jahren, als wir gegen den ersten Irakkrieg auf die Straße gegangen sind und uns später auch in kirchlichem Kontext in unserer Kleinstadt gegen die zunehmende Ausländer*innenfeindlichkeit engagiert haben.

Bei Attac bist du vor allem zum Thema Welthandel engagiert. Warum ist das dein Schwerpunkt geworden?

Für mich ist der Blick über den deutschen Tellerrand hinaus wichtig: Welche Auswirkungen haben die deutsche und die EU-Politik auf Menschen insbesondere in den Ländern des globalen Südens?

Augenblicklich ist es schwer, Menschen für Welthandelsfragen zu interessieren, weil sie in der Unordnung um sie herum andere Probleme als bedrängender empfinden. Das ist nachvollziehbar, dennoch ist es uns wichtig, auch auf die großen Veränderungen in der Welthandelspolitik zu reagieren. Momentan ist, verstärkt durch den Einfluss von Trump, der profitorientierte Protektionismus wieder auf dem Vormarsch. Deshalb ist die zentrale Frage: Welche Welthandelsregeln brauchen wir, ohne einen »America first«-Protektionismus, ohne grenzenlosen Freihandel, um Handel zu einem Instrument zu machen, das allen Menschen ein gutes Leben ermöglicht?

Zurzeit beschäftigen wir uns intensiv mit dem EU-Mercosur-Abkommen. Es ist ein empörendes Beispiel für den neokolonialen Charakter vieler dieser Abkommen: Die EU importiert für die Entwicklung ihrer sozial-ökologischen Transformation mineralische Rohstoffe aus Ländern Lateinamerikas und exportiert dorthin Industrieprodukte wie Verbrenner und Pestizide. Die Gewinne, die in der EU durch die Verarbeitung der Rohstoffe erzielt werden, sind dabei ungleich höher als die, die dort über den Export der Rohstoffe hängenbleiben. Damit gehen die Kosten dieser Wirtschaftsweise zu Lasten der betroffenen Länder und Menschen, deren Ressourcen ausgebeutet und deren eigene sozial-ökologische Transformation verhindert wird.

Doch das Abkommen kann noch aufgehoben werden – einige EU-Staaten und viele zivilgesellschaftliche Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks stellen sich dagegen. Unsere Aufgabe ist es, auch hier in Deutschland Druck zu machen auf die zukünftige Regierung, sich auf EU-Ebene gegen dieses Abkommen zu positionieren.

Du warst auch in kirchlichen Zusammenhängen aktiv. Hat dein Menschenbild, das hinter deinem Engagement steht, auch etwas damit zu tun?

Zum Teil sicher. Im christlichen Menschenbild sind alle Menschen gleich viel wert. Und auch Attac kämpft ja dafür, dass alle Menschen gleiche Rechte haben – egal welchen finanziellen Hintergrund sie haben, wo sie herkommen, welche Ausbildung sie haben. Das ist mir das Wichtigste, und es ärgert mich, dass es auch heute noch so ist, dass zum Beispiel Kinder, die aus einem bildungsferneren Elternhaus kommen, viel schlechtere Chancen auf ein gutes Leben haben.

In der momentanen politischen Weltlage sehen wir diskriminierende Politiken auf dem Vormarsch. Wo siehst du die Rolle von Attac?

Wir müssen uns als Attac auf die Seite derer stellen, die konkret bedroht sind. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört, dass nicht persönliche Machtinteressen an erster Stelle stehen, sondern für alle gesorgt wird, auch für die nächsten Generationen. Wir sollten dazu beitragen, dass junge Menschen nicht völlig verzweifeln und sagen »mir ist egal, was in der Politik passiert, ich muss sehen, dass ich irgendwie durchkomme«.

Eine Verkäuferin, ein Pfleger, Menschen auf dem Bau – die arbeiten hart, sind fleißig und haben trotzdem Probleme, ihre Familien über die Runden zu bringen. Sie bekommen zu hören, Leistungsträger seien die Wohlhabenden, sie selbst müssten eben mehr arbeiten. Sie fühlen sich von der Politik nicht oder falsch gesehen, und viele von ihnen wenden sich dann an die, die ihnen populistische Versprechen machen. Und auch wenn es linke Standpunkte gerade schwer haben, sollten wir diesen Menschen Handlungsangebote machen. Es lohnt sich immer – und ganz bestimmt gerade jetzt – für eine solidarische Gesellschaft zu kämpfen.

Das braucht einen langen Atem. Aber auch wenn es Rückschläge gibt und in dieser Phase schwer fällt: Aufstehen und neuen Mut fassen! Es ist längst nicht alles verloren – venceremos!

Attac-Basistext 62

Spielgeld für den Kasino-Kapitalismus



Das Interesse an der Spekulation mit Krypto-Werten ist nicht verwunderlich; schließlich wird über deren Kursverläufe in den Medien so selbstverständlich berichtet, als ginge es um Rohstoffe. Dabei handelt es sich um hochriskante Spekulationsobjekte

mit zum Teil verheerender Klimabilanz.

Es geht um den rein spekulativen »Besitz« von Einträgen in eine Datenbank, was eher mit der berühmten holländischen Tulpenmanie im 16. Jahrhundert vergleichbar ist als mit der durch staatliche Geldpolitik gesteuerten Ausgabe einer Währung. Insofern haben Kryptos auch nichts mit dem digitalen Euro zu tun, den die EZB derzeit entwickelt. Faktisch hat sich etwa Bitcoin – wie auch zahlreiche nachfolgende »Währungen« – weniger als Zahlungsmittel, denn als Spekulationsobjekt etabliert, das im Tausch gegen echtes Geld gehandelt wird.

Da bisher kritische Auseinandersetzungen zum Thema Krypto fehlen, beantworten die Autor*innen in verständlichen Worten die aufgeworfenen Fragen – ergänzt durch Interviews mit Expert*innen wie dem Tech-Publizisten

Jürgen Geuter, dem Ökonomen Beat Weber und dem Attac-Finanzexperten Alfred Eibl.

Im Basistext werden grundlegende Fragen um Krypto-Währungen beantwortet:

- Was sind Krypto-Werte eigentlich und was unterscheidet sie von digitalem Zentralbankgeld?
- Wie funktionieren Kryptos technisch und welche ökonomische Bedeutung haben sie?
- Welche Ansätze zur politischen Regulierung gibt es in der EU und anderen Teilen der Welt?
- Warum sind rechtslibertäre »Anarcho-kapitalist*innen« mittlerweile die größten Krypto-Fans?
- Und kann sich die Menschheit einen Klimakiller wie Bitcoin überhaupt leisten?

Im Gegensatz zur vorherrschenden Faszination in anderen Büchern zum Thema fordern die Autor*innen, den sinnlosen Energiefresser Bitcoin abzuschalten. Stattdessen sollte die tatsächliche Zukunftsfrage nach einer gerechten Ökonomie im Rahmen ökologischer Grenzen angegangen werden.

T. Beyer / C. Gotschy / H. Oppenhäuser / T. Weißer, Spielgeld für den Kasino-Kapitalismus – Warum Krypto keine Alternative ist, AttacBasisText 62, 96 Seiten, 8,50 Euro.

Der Attac-Basistext kann im Attac-Shop bestellt werden: online unter attac.de/shop oder telefonisch unter 069–900 281–10.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:

Tel.: 069–900 281–10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069–900 281–10

Fax: 069–900 281–99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion:

Judith Amler, Jule Axmann,

Frauke Distelrath, Achim Heier,

Albrecht Stöffler, Lena Zoll

V.i.S.d.P.: Frauke Distelrath

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
E-Mail: info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen.
Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!



Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Hinter dem Faschismus steht der Milliardär!

Recht zu behalten ist nicht immer schön. Attac warnt seit seiner Gründung vor den Gefahren, die von großer sozialer Ungleichheit für die Demokratie ausgehen. Nun sehen wir uns leider bestätigt. Soziale Ungleichheit führt nicht nur zu gesellschaftlichen Spannungen; sie führt zu Verteilungskämpfen bei denen am unteren Einkommensende und zu Entsolidarisierung mit den Schwächsten der Gesellschaft. Am anderen Ende führt sie zu angehäuften Vermögen in kaum vorstellbarer Größenordnung. Vermögen, mit denen sich ihre Besitzer*innen Einfluss kaufen: Milliardäre wie Musk finanzieren politische Kampagnen und kaufen sich Medien und Social-Media-Plattformen zusammen, um die politische Agenda umzusetzen, die ihren Interessen am stärksten entgegenkommt. Und die

ist, wenig verwunderlich, immer häufiger eine (proto-)faschistische.

Natürlich werden Steuern allein die Welt nicht vorm Faschismus retten. Doch sie sind ein wichtiger Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit und helfen zu verhindern, dass die Überreichen dieser Welt sich mit ihren Milliarden immer mehr Macht zusammenkaufen können.

Für uns steht fest: Demokratie geht nur gerecht! Deshalb streiten wir mit der Kampagne »Tax the Rich« weiter für eine angemessene Besteuerung großer Vermögen. Doch dabei belassen wir es natürlich nicht. Wir gehen weiterhin auf die Straße. Und wir nehmen unsere Verantwortung als Bildungsbewegung wahr, indem wir darüber informieren, wie die Demokratie gefährdet ist und was wir alle gemeinsam dagegen



Foto: shutterandmelody.com

tun können. Und vor allem eröffnen wir Perspektiven für eine solidarische Gesellschaft und ein gutes Leben für alle. Dabei brauchen wir Unterstützung. Ganz leicht geht das unter attac.de/spenden oder mit dem hier angehängten Überweisungsträger. Herzlichen Dank!

Hinweis

Attac ist auf Spenden angewiesen. Satzungsgemäß verfolgen wir gemeinnützige Zwecke. Dennoch ist uns die Gemeinnützigkeit entzogen worden, mit der Begründung, unser Engagement sei zu politisch. Dagegen haben wir Verfassungsklage eingereicht. Derzeit können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter:
attac.de/jetzt-erst-recht

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF2501

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE